

1 Allgemeines

- 1.1 Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung vergibt nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift Zuwendungen zur gezielten Förderung besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler an Schulen in Rheinland-Pfalz, so weit Eigenmittel nicht ausreichend sind. Zuwendungen können nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfolgen.
- 1.2 Die Schülerbegabtenförderung erstreckt sich auf Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Schulen und der Ersatzschulen in freier Trägerschaft
 - der Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien, der Integrierten Gesamtschulen und der Freien Waldorfschulen,
 - der beruflichen Gymnasien und der Berufsfachschulen, die zu keinem berufsqualifizierenden Abschluss führen.
- 1.3 Die Schülerbegabtenförderung ist eine freiwillige Leistung des Landes im Sinne des § 58 Abs. 2 und 3 des Schulgesetzes. Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht.

2 Förderungsvoraussetzungen

- 2.1 Die Schülerin oder der Schüler und ein Elternteil müssen den Wohnsitz in Rheinland-Pfalz haben.
- 2.2 Die Schülerin oder der Schüler muss durch hervorragende schulische Leistungen und aufgrund der Gesamtpersönlichkeit eine Förderung rechtfertigen. Hierbei sollen auch besondere Leistungen und Aktivitäten der Schülerin oder des Schülers im sozialen Bereich berücksichtigt werden.
- 2.3 Bei der Entscheidung, ob und in welcher Höhe eine Förderung erfolgt, sollen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der für die Förderung in Betracht kommenden Schülerinnen und Schüler angemessen einbezogen werden.
- 2.4 Schülerbegabtenförderung wird nicht gewährt, wenn ein Anspruch auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gegeben ist oder die Ausbildung nach dem Bundesversorgungsgesetz, dem Lastenausgleichsgesetz, dem Arbeitsförderungsgesetz oder ähnlichen Bestimmungen gefördert werden kann.

223 270 Schülerbegabtenförderung Rheinland-Pfalz

Verwaltungsvorschrift
des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft
und Weiterbildung
vom 16. Februar 2000 (1548 A — 50 659/30)

Bezug: Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums vom
25. Juni 1990 (Amtsbl. S. 358)

3 Art und Umfang der Förderung

- 3.1 Schülerbegabtenförderung wird gewährt durch monatliche Unterrichtsbeihilfen oder durch Zuschüsse zur Beschaffung von Geräten und Instrumenten sowie zur

Teilnahme an besonderen außerschulischen Veranstaltungen; die bezuschusste Maßnahme muss für die Weiterentwicklung der Fähigkeiten der Schülerin oder des Schülers förderlich sein. Bei der Gewährung des Zuschusses darf das verfügbare Ausgabevolumen der Schule nicht überschritten werden.

3.2 Die Schülerbegabtenförderung wird durch die Schule vergeben

- a) bis 150,— DM als monatliche Geldzuwendung für die durch den Schulbesuch entstehenden Kosten (Unterrichtsbeihilfe),
- b) als Zuschuss zu den Beschaffungskosten für ein zur Förderung der Schülerin oder des Schülers geeignetes Gerät oder Instruments oder
- c) als Zuschuss zu den Kosten für die Teilnahme einer Schülerin oder eines Schülers an besonderen außerschulischen Veranstaltungen (Auslandsaufenthalt, Fortbildungsmaßnahmen oder ähnlichen Projekten), die zur Förderung der Schülerin oder des Schülers geeignet sind.

3.3 Im Falle einer monatlichen Unterrichtsbeihilfe wird diese erstmalig in der Regel für die Dauer eines Schuljahres gewährt. Schülerinnen und Schüler, die eine Unterrichtsbeihilfe für ein Schuljahr erhalten haben, können auch in den folgenden Schuljahren bis zum Abschluss des Bildungsganges gefördert werden, sofern sie die Voraussetzungen weiter erfüllen. Sofern die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, muss die Schulleiterin oder der Schulleiter die Unterrichtsbeihilfe durch schriftlichen Bescheid widerrufen; der Bescheid ist zu begründen.

3.4 Die Schulbehore bestimmt zu Beginn jedes Schuljahres nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und der Schülerzahl der förderungsfähigen Jahrgangsstufen den Gesamtbetrag, der jeder Schule für die Schülerbegabtenförderung bereitgestellt wird.

4 Verfahren

4.1 Die Schülerbegabtenförderung wird auf Antrag der Schülerin oder des Schülers oder der Eltern sowie auf Vorschlag einer Lehrkraft durch die Schule vergeben. Der Antrag oder Vorschlag ist innerhalb von drei Monaten nach Beginn des Unterrichts eines Schuljahres schriftlich an die Schulleiterin oder den Schulleiter zu richten.

4.2 In dem Antrag oder dem Vorschlag sind die Förderungsvoraussetzungen nach Nummer 2.2 und 2.3 darzulegen. Die Schule kann zusätzlich Angaben zu den wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnissen, in denen die Schülerin oder der Schüler lebt, verlangen. Der Antrag oder der Vorschlag soll auch die Maßnahme bezeichnen, für die die staatliche Geldzuwendung verwendet werden soll.

4.3 Über den Antrag oder den Vorschlag entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Mittel; vor der Entscheidung sind die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer bzw. die Stammkurslehrerin oder der Stammkurslehrer sowie die Schulelternsprecherin oder der Schulelternsprecher anzuhören. Die Schülerin oder der Schüler erhält von der Schule einen schriftlichen Bescheid, in dem die Höhe der bewilligten Zuwendung und die Förderungsdauer angegeben sind. Die Schulleiterin oder der Schulleiter benennt der Schulbehore die Schülerin oder den Schüler und die Höhe der Beträge, die für die Schülerbegabtenförderung vorgesehen sind. Die Auszahlung erfolgt durch die Regierungskasse aufgrund der Auszahlungsanordnung der Schulbehore.

4.4 Über die Verwendung des Zuschusses gemäß Nummer 3.2 Buchst. b und c ist seitens der geförderten Schülerin oder des geförderten Schülers gegenüber der Schule schriftlich bis spätestens drei Monate nach Erhalt der Geldzuwendung zu berichten; ein zahlenmäßiger Nachweis ist beizufügen. Sofern sich nach Auszahlung der Förderleistung herausstellt, dass der mit ihr verfolgte Zweck nicht oder nicht mehr zu erreichen ist, hat die jeweilige Schülerin oder der Schüler die Schule hiervon in Kenntnis zu setzen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter entscheidet, ob die Förderleistung für einen anderen geeigneteren Förderzweck verwendet werden darf oder zurückzahlen ist.

4.5 Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist verpflichtet, einmal im Schuljahr den Schulelternbeirat und den Schulausschuss über die Mittelverwendung zu unterrichten.

5 In-Kraft-Treten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. August 2000 in Kraft. Entscheidungen über Schülerbegabtenförderung, die nach der Bezugsvorschrift getroffen worden sind, bleiben unberührt. Die Bezugsvorschrift ist aufgehoben.